

P./XVII/232 - 16. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Mehr Klarheit notwendig
Nach dem Besuch Adenauers in den USA

2 - 3 Unionsparteien sind nicht der Staat I 37
Der "Fall Strauss" und seine Auswirkungen
Schatten der "schwarzen Hand" in Bonn
Von Wenzel Jaksch, MdB

4 Nahrungsmittel aus dem Meer ? 35
Hoffnung für viele Millionen Hungernde
Neue Perspektiven für die Entwicklungshilfe

5 - 7 Wohin zielt Rotchina ? 105
An den blutenden Grenzen im Himalaya
Von unserem Korrespondenten Erwin-Erasmus Koch

* * *
* * *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Mehr Klarheit notwendig

Nach dem Besuch Adenauers in den USA

sp - Von dem Kommuniqué über die Gespräche, die Bundeskanzler Dr. Adenauer mit dem amerikanischen Präsidenten Kennedy geführt hat, kann man wohl beim besten Willen und auch bei der größten Auslegungskunst nicht sagen, daß sie so eine Art Orientierungstafel wären für die in der Zukunft zu unternehmenden Schritte in der Berlin- und Deutschlandpolitik. Immerhin war es gut, daß die beiden Staatsmänner nach dem Abklingen der Kuba-Krise wieder zusammenkamen und sich auf allgemeine Grundlinien, bei denen es freilich sehr viel auf das Detail ankommt, einigten. Die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung des deutschen Volkes bleibt ein Kernpunkt der amerikanischen Deutschlandpolitik und wird niemals Gegenstand von Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion sein. Diese Feststellungen wird die deutsche Öffentlichkeit mit der gleichen Befriedigung zur Kenntnis nehmen wie den in dem Kommuniqué enthaltenen Wunsch, beider Regierungen, die "Freiheit und Lebensfähigkeit Westberlins unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu erhalten".

Diese Mahnung, hinter der das Gewicht der Vereinigten Staaten steht, wird der sowjetrussische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow wohl in seine Rechnung mit einbeziehen und ihr jene Bedeutung zusprechen müssen, die ihr zukommt.

Etwas mehr hätte man über den Inhalt jenes Satzes im Kommuniqué erfahren mögen, der davon spricht, daß beide Regierungen in der Prüfung und Ausnutzung von Möglichkeiten vertrauensvoll zusammenarbeiten wollen, die sich für eine bessere Sicherung des Friedens ergeben können. An dieser engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit, die für die Bundesrepublik unabdingbar und lebenswichtig ist, hat es gerade in letzter Zeit gefehlt. Es gab darüber offen und versteckt geführte Kontroversen.

Ist nun dieses trübe Kapitel deutsch-amerikanischer Beziehungen damit abgeschlossen? Und ergeben sich neue und fruchtbare Möglichkeiten, denen sich das offizielle Bonn nicht mehr verschließen wird?

Das Wort haben nun die zuständigen Ausschüsse des Bundestages, in denen der Kanzler, sofern er nur die Neigung und den Willen dazu hat, freier sprechen kann, als es ihm die Grenzen eines so allgemein gehaltenen Kommuniqués gestatten. Aber zunächst hat er andere und für ihn wohl schmerzlichere Sorgen. Seine Koalition ist in ihren Grundfesten erschüttert und die Autorität der von ihm geführten Regierung fast auf den Nullpunkt gesunken. Die Schatten, die zu Beginn über seiner Amerika-Reise lagen, haben sich nach seiner Rückkehr zu gewitterschwangeren Wolken verdichtet.

+ + +

Unionsparteien sind nicht der Staat !

Der "Fall Strauss" und seine Auswirkungen
Schatten der "schwarzen Hand" in Bonn
Von Wenzel Jaksch, MdB

Der Pegelstand der Krisensituation in Bonn kann nur mit den Maßstäben altbewährter Demokratien gemessen werden. In England wird der Innenminister - oder Home Secretary - in Versammlungen mit einem volkstümlichen Titel begrüßt: "The Guardian of our Liberties" - der Wächter unserer Freiheiten. In der Tat ist die Essenz einer demokratischen Regierungsform der Schutz des Staatsbürgers vor der Staatswillkür. Und es ist das Charakteristikum undemokratischer Gesinnung, etwa einen Gegensatz zwischen Staatssicherheit und Rechtsicherheit erfinden zu wollen, wie es der Bundeskanzler bei seinen Interventionen in der Spiegelgebote getan hat. Es ist vielmehr der unabdingbare Auftrag einer durch Volksmandat berufenen Regierung, Staatssicherheit p l u s Rechtssicherheit zu gewährleisten. Ist sie dazu nicht instande, muß sie abtreten.

* * *

Ein klares Urteil der Öffentlichkeit über die tieferen Ursachen der Bonner malaise - der Vertrauenskrise des Bonner Regierungssystems - tut not. Unsere Demokratie wird bedroht durch den Anspruch der Unionsparteien auf Monopolherrschaft. Wer in den Begriffen eines monopolistischen Herrschaftsanspruches denkt, betrachtet jeden als einen Koch- und Landesverräter, der daran rütteln will. Der Ursprung der heutigen Krise war doch die Kapfingerei im letzten Bundestagswahlkampf. Was hat man doch alles dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, anzuhängen versucht, der an der Monopolherrschaft der Unionsparteien rüttelte? Die inzwischen eingegangene Zeitschrift, die in diesem Geschäft führend war, hatte nach dem Urteil Nahestehender einen monatlichen Zuschußbedarf von 200 000 DM. Der Herausgeber dieser Zeitschrift nannte Herrn Strauss seinen Freund ...

Dies ist nun der Kern der Krisenerscheinungen in der Bundesrepublik daß der Inhaber des Verteidigungsministeriums, der vom Vertrauen der ganzen Bevölkerung getragen werden sollte, seine politische Zukunft auf die Ausschaltung und Diffamierung einer großen staatserhaltenden Oppositionspartei abgestellt hat. Herr Strauss hat noch nicht begriffen, daß 40 von 100 jungen Männern in der Bundeswehr mit der Sozialdemokratie sympathisieren, zumal ja die SPD bei den jüngeren Jahrgängen die besseren Wahlergebnisse erzielt hat. Nimmt man noch die jungen Anhänger der FDP hinzu - die Haltung der liberalen Studenten ist ein Maßstab für ihre Einstellung - denn ist deutlich, daß die Parteigänger der Unionsparteien in der Bundeswehr eine Minderheit sind, Sogar führende Militärs, die seinerzeit mit Kurt Schumacher die ersten Gespräche über die deutsche Wiederbewaffnung führten, waren aber der Meinung, daß eine Streitmacht der Bundesrepublik nie mehr Parteiarmee, sondern eine Volksarmee im freihheitlichen Sinne des Wortes sein müsse.

* * *

Wer die seitherige Entwicklung beobachtet hat, der kann die Bonner Krise bis an die letzte Wurzelfaser verfolgen. Kurz gesagt: Das ü b e r p a r t e i l i c h e Problem der deutschen Sicherheit ist eine Sache der Parteipolitik geworden. Beweis dafür ist das unerträgliche Pharisäertum, daß der "Fall Frenzel" immer wieder hochgespielt wird, während man

16. November 1962

über den "Fall Schmidt-Mittmack" den Mantel der Nächstenliebe breitet, weil es sich um einen ehemaligen Abgeordneten der führenden Regierungspartei, also der Inhaberin eines Machtmonopols, handelt.

Eine "schwarze Hand" in Bonn sorgt überdies dafür, daß Verdachtsfälle, die man gegen die Opposition ausschlichten zu können hofft, vor wichtigen Landtagswahlen unter Mißachtung aller rechtsstaatlichen Normen forciert werden. Während katastrophale Pannen der bundesrepublikanischen Sicherheitsapparate aufs Eis gelegt werden, bis eine abgestumpfte Öffentlichkeit von ihnen keine Notiz mehr nimmt.

* * *

Mit einer Beurlaubung der "schwarzen Hand" ist es nicht getan. Mit Betroffenheit müßte jeder Patriot zur Kenntnis nehmen, daß die präzisen Vorschläge der Bundestagsfraktion der SPD zur Abschirmung wichtiger Staatsgeheimnisse auch bei den Beratungen des Verteidigungsausschusses, wie im Hinblick auf den "Fall Frenzel" gemacht wurden, (wie etwa die Verwahrung aller vertraulichen Schriftstücke in einem Panzerschrank des zuständigen Bundestagsausschusses) bis heute uncrledigt geblieben sind. Der Mangel an einer effektiven Geheimhaltungspolitik ermöglicht es dann den Partisanen des Parteiinteresses, den politischen Gegnern nach Belieben Fallen zu stellen.

Die Grenze aber zwischen dem nützlichen und unvermeidlichen Maß von Diskussionsfreiheit in der Wehrpolitik und dem lebenswichtigen Maß von Geheimhaltung müßte demgegenüber durch ein Einvernehmen zwischen Regierung und Opposition abgesteckt werden. Kein europäisches NATO-Land kann in diesen Lebensfragen auf eine gutwilligere Opposition zählen als die Bundesrepublik. Das dreiste Schimpfwort "Spiegelpartei", welches zum Zwecke einer maximalen Entzweiung in die Bundestagsdebatte geworfen wurde, wird daran nichts ändern.

* * *

Damit lassen sich die Bonner Krisenerscheinungen auf einen einfachen Nenner bringen. Das Staatsinteresse erfordert die Mobilisierung der freiheitlichen Volkskräfte für eine gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik. Das kurzsichtige Parteiinteresse der Unionsparteien zielt auf die Diffamierung der SPD hin, weil die staatsbejahende Politik der Opposition ihre Monopolherrschaft gefährdet. Was im In- und Ausland vielfach allzu oberflächlich als eine "Staatskrise" der Bundesrepublik deklariert wird, ist daher in Wahrheit eine Krise des Monopolherrschaftsdenkens der Unionsparteien.

Bonn ist daher nicht mit dem tragischen Geschick der Staatsschöpfung von Weimar vergleichbar. Diesmal steht allen Versuchen der Machtzusammenballung eine parlamentarische Opposition und eine Jugend gegenüber, die nicht im Traume daran denkt, die Zukunft der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland auf unabschbare Zeit dem Herrschaftsanspruch der Unionsparteien anzuvertrauen.

+ + +

Nahrungsmittel aus dem Meer ?

Hoffnung für viele Millionen Hungernde
Neue Perspektiven für die Entwicklungshilfe

Kr - Ein vorrangiges Problem der Entwicklungshilfe besteht darin, hungernden Völkern die Möglichkeit zu geben, sich selbst mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Die helfenden Länder müssen ihnen neben landwirtschaftlichen Geräten und der Unterweisung im rationellen Ackerbau Nahrungsmittel zukommen lassen, damit diese Völker körperlich erst einmal in die Lage versetzt werden, einen Acker zu bestellen.

In den letzten Monaten ist ein wissenschaftliches Verfahren in den Vordergrund gerückt, das geeignet erscheint, hungernden Menschen zu helfen, und das es verdient, im Rahmen der Entwicklungshilfe im Bundesgebiet gefördert zu werden. Es handelt sich um die Eiweissgewinnung aus dem Meer.

Eiweiss aus Fischmehl

Nach Auffassung amerikanischer Wissenschaftler ist es möglich, den Hunger in der Welt durch besondere Fischmehlpräparate zu beseitigen. Dieser Gedanke hat eine grosse Zukunft, da der Fischreichtum des Meeres bisher nie voll genutzt werden konnte. Es wäre möglich, jährlich 200 Millionen Tonnen Fisch zu fangen, ohne damit den Bestand zu gefährden. Es kommt aber darauf an, das gewonnene Fischmehl in einer bekömmlichen Form bei voller Erhaltung der Nährsubstanz den hungernden Menschen zuzuführen. Auch in der Bundesrepublik arbeiten Wissenschaftler an einem Aufbereitungsverfahren, das von staatlicher Seite unterstützt werden sollte. Fischmehl in kleinen schmackhaften Keksen verarbeitet, besitzt die konzentrierteste Nährwertsubstanz, die denkbar ist.

Gute Erfahrungen

Die Wissenschaftler verweisen auf ein vom Hungertode bedrohtes Kleinkind in Peru, das im letzten Jahr durch Fischmehl gerettet wurde, indem man seiner Diät davon zehn Prozent zusetzte. Um die gleiche Wirkung zu erzielen, wäre die vierfache Menge Milchpulver notwendig gewesen, die ein unterernährter Körper jedoch nicht ohne weiteres annimmt. Dabei können Fischmehlpräparate sechsmal billiger als Milch sein und sind ausserdem leichter zu konservieren.

Es wäre also möglich, den hungernden Ländern durch Massenherstellung eines Fischmehlpräparates, das wissenschaftlich vorbereitet würde, eine wirksame Hilfe zu geben.

Wohin zielt Rotchina ?

Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

Das entlegene Aksai Tschin im hohen Norden Kashmirs, Ladakh, das Reich des Königs Mahendra, Nepal, Sikkim, Buthan und die "North-East-Frontier"-Provinz südlich der MacKahon-Linie halten die Welt in Atem. Sturmdivisionen der "Volksbefreiungsarmee" Rotchinas griffen im Westen und Osten der 4000 Kilometer langen Nordgrenze Indiens im Massiv des Himalayas die Verteidigungsstellungen der Inder an. Unter den Feuer-
glocken ihrer Gebirgsbatterien stürmten zunächst einige Zwanzigtausend Chinesen weit vorverlegte Positionen ihres Gegners. In Ladakh und dicht an der MacKahon-Linie nahmen sie Dhola und Khinzmane. Die Fronten begrenzten im wesentlichen die Wasserscheiden des Indus Brahmaputra. Nach wenigen Tagen, Ende Oktober, richteten sich die Vorstöße der überlegenen bewaffneten rotchinesischen Divisionen weiter südwärts. Sie gingen vor allem entlang der McKahon-Linie über die ursprünglich von Peking geforderten Territorien hinaus und erreichten etliche Dörfer von Assam. An der westlichen Hochgebirgsfront wurde Aksai Tschin völlig okkupiert. Die indische Miliz mußte auch die Grenzstreifen nordöstlich der Stadt Ladakh den Aggressoren überlassen. Schneestürme, der einbrechende Winter hemmten, von den Chinesen zweifellos eingeplant, weitere Operationen. Aber wohin zielt Rotchina?

Vormarsch bis zum Indischen Ozean ?

In der Beantwortung jener Frage, welches das letzte Ziel der Machthaber in Peking auf dem Subkontinent sei, darf ich mich auf die Ansicht des Präsidenten von Pakistan, des Generalfeldmarschalls und Strategen Ayub Khan stützen, die er in einem Gespräch mit mir äußerte: "Rotchina will - auf lange Sicht - seine Macht bis an die Gestade des Indischen Ozeans ausweiten!"

Damit würde der dritte Weltkrieg unvermeidlich. Ich will jedoch den Teufel nicht an die Wand malen. Nehmen wir an, daß die rotchinesischen Strategen die Begrenztheit ihres militärischen Potentials durchaus erkennen. Auch dann steht Indien ein äußerst harter Krieg bevor, sobald ihn die Witterung erlauben wird. Denn nach den Worten Nehrus gibt es kein Verhandeln, solange die Aggressoren nicht den "Status quo ante" wiederhergestellt haben und auf ihre Stellungen vor dem Ausbruch des Grenzstreits zurückgekehrt sind. Wobei Nehru gewiß den Verlust Aksai Tschins,

durch das die Verbindung der Fernstrasse Sinkiang - Tibet führt; als vollendete Tatsache hinnehmen dürfte. Andererseits werden die Chinesen der Bedingung Nehrus keinesfalls entsprechen. Die Alternative führt also zur Fortsetzung des Krieges.

Überraschungen sehr gefährlicher Art sind möglich. Der Präsident des autonomen Himalaya-Staates Azad Akshmir, Mr. Kurshid, erklärte mir ausdrücklich, daß Rotchina nach seinen Informationen die Atombombe bereits entwickelt habe und produziere. Die gleiche Ansicht vertrat der Mir of Hunza, der islamische Fürst und Priester einer Sekte und eines Territoriums, das unmittelbar an Sinkiang grenzt. Dieser Aspekt, sollte er sich bewahrheiten, wäre ungemein düster. Die Mächte der Welt stünden dann der Katastrophe gegenüber, die sie immer wieder abzuwenden bemüht sind.

Umstrittene Grenzen

Welche Hintergründe hat dieser Krieg? Rollt er auch abermals die Kashmir-Frage auf?

Er enthüllt ohne Zweifel den rotchinesischen Imperialismus, das kommunistische Hegemoniestreben überhaupt. Den ursächlichen Zusammenhang aber begründet die Hinterlassenschaft der kolonialen Epochen des Abendlandes in Asien. McMahon war ein britischer Diplomat. Nach der Expedition des Obersten Younghusband, die sich 1904 gegen Tibet richtete, waren die Grenzfragen des Empires unterhalb der Kämme der Schneeberge dringlicher denn je zu lösen. 1913 trafen sich in Simla, der Sommerresidenz der Vizekönige englischer Nationalität, je ein Vertreter Chinas und Tibets mit dem Beauftragten Großbritanniens. Die Verhandlungen zogen sich ein Jahr lang hin. McMahon zeichnete schließlich auf der Landkarte im Nordosten des Subkontinents ungefähr gleichlaufend mit der Wasserscheide eine Linie ein und bezeichnete sie als die Grenze der britischen Kolonie. Der Chinese und der Tibetener unterschrieben das derart illustrierte Abkommen, den sogenannten "Simla-Vertrag". Weder der erste Präsident der Republik China, Yuan Shi-kai, noch Dr. Sun Yat-sen, noch Tschiang Kai-schek und erst recht nicht Mao Tse-tung ratifizierten das Abkommen. Damit blieb auch nach der Erlangung der Unabhängigkeit und der Teilung Indiens in zwei Staaten der Grenzverlauf der "North East-Frontier" ungeklärt. Mao Tse-tung mischte dann 1950 einige antiquierte, jedoch renovierte Landkarten in das Pokerspiel der Weltmächte. Auf ihnen gab es keine McMahon-Linie.

Im etwa gleichen Sinne verfuhr Mao mit Ladakh. Darauf entgegnete Nehru bereits 1950 im indischen Oberhaus: "Die McMahon-Linie ist unsere Grenze - ganz gleich, ob mit oder ohne Landkarte. Wir werden niemandem gestatten, diese Grenze zu überschreiten!" Dabei blieb Nehru in allen weiteren Gesprächen und in seinen diesbezüglichen Notizen. Unterdessen bauten die Chinesen von Sinkiang über Aksai Tschin ihre Tibet-China-Strasse, sie vollendeten zwei weitere Highroads entlang der von bizarren Stupas umsäumten Karawanenwegen; sie führten von alters her in das Reich der Mitte. Jede dieser strategischen Strassen hatte eine Länge von rund 2500 Kilometern. Nach Nepal wurden mindestens acht Abzweiger geschaffen. Überdies entstand eine Hochgebirgsstrasse, die Katmandu, die Residenz des Königs Mahendra, mit den großen China-Tibetstrassen verbindet oder verbinden wird.

Ich bin Ende September über die Paß-Strassen in den westlichen Himalaya gefahren. Sie sind teilweise gut, überwiegend jedoch mehr als schlecht. Indien hatte versäumt, entsprechend der offenkundig vorbereiteten Aggression Chinas, seine Nachschubwege durch das Hochgebirge so anzulegen, daß sie allen Beanspruchungen standhalten. So wird das Vordringen von Divisionen der "Volksbefreiungsarmee" verständlich.

Die Kashmir-Frage

Die Kashmir-Frage machte leider Indien und Pakistan zu Todfeinden. Kashmiri und Pakistani, ganz gleich, ob hochgestellt oder nicht, sind voller Haßgefühle gegen Indien. Sie verlangen die von Nehru selbst 1949 versprochene Volksabstimmung in Kashmir. Nehru indessen änderte seine Ansichten. Er führt neuerdings Gründe der Landesverteidigung dafür an.

Rotchina hatte inzwischen in diesen Streit eingegriffen. Der Botschafter der Volksrepublik bahnte in Karachi und Rawalpindi Verhandlungen über die Anerkennung Kashmirs als Hoheitsgebiet Pakistans und über die Grenzmarkierungen an. Der Preis dafür soll ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt zwischen Pakistan und Rotchina sein. - Pakistan wurde nun durch die Waffenlieferungen Amerikas an Indien aufs äußerste beunruhigt. Sie könnten das Gleichgewicht der Kräfte an der "Cease Fire-Line" bedenklich beeinträchtigen. Ayub Khan versicherte: "Wir wollen mit allen Nachbarn in Frieden leben, auch mit Rotchina!" - Die letzte Entwicklung stellt jedenfalls den Frieden an der blutenden Grenze Kashmirs in Frage. Am besten wäre gewiß eine gütliche Lösung dieses Streits; beide müßten daran mitwirken und Zugeständnisse machen: Indien und Pakistan